

Politik für die Katz'
c/o Anke Feil - Zum Ahl 1 - 63633 Birstein

**POLITIK FÜR
DIE KATZ'**

Politik für die Katz' · Zum Ahl 1 · 63633 Birstein

**Deutscher Bundestag
Ausschuss für Landwirtschaft,
Ernährung und Heimat**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

per email: agrarausschuss@bundestag.de

Birstein, 10. April 2026

Betreff: Dringender Bedarf zur Novellierung des Tierschutzgesetzes – auch für eine bundeseinheitliche Regelung zur Katzenkastration

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen des Antrags zur Novellierung des Tierschutzgesetzes durch die Fraktion Die Linke begrüßen wir ausdrücklich die Bestrebungen, den Tierschutz in Deutschland weiter zu stärken und bestehende Regelungslücken zu schließen.

Mit großer Sorge stellen wir jedoch fest, dass ein zentraler Aspekt bislang unberücksichtigt geblieben ist: die dringend erforderliche Einführung einer bundesweit wirksamen Regelung zur Kastration von Katzen mit unkontrolliertem Freigang.

Seit der Einführung des § 13b Tierschutzgesetz im Jahr 2013 liegt die Verantwortung zur Eindämmung der unkontrollierten Vermehrung freilebender Katzen bei den Kommunen. Die Praxis zeigt jedoch, dass diese Zuständigkeitsverlagerung das Problem nicht gelöst hat: Von rund 10.700 Kommunen in Deutschland haben bisher nur etwa 2.100 entsprechende Verordnungen erlassen.

Dieses kommunale Flickwerk führt zu erheblichen Effizienzverlusten im Vollzug: Katzenpopulationen kennen keine Gemeindegrenzen, wodurch lokale Regelungen schnell wirkungslos werden. Eine bundeseinheitliche Regelung ist daher auch aus Gründen der Rechtsklarheit, Verlässlichkeit und Effizienz öffentlicher Aufgabenwahrnehmung geboten.

Der bisherige Rechtsrahmen führt ohne kommunale oder ehrenamtliche Initiative in vielen Regionen zu erheblichen Vollzugslücken. Dort, wo kein aktiver Tierschutz vor Ort tätig ist, bleibt eine Katzenschutzverordnung häufig aus; freilebende Katzen sind dann nicht wirksam geschützt. Dies zeigt, dass eine bundeseinheitliche Regelung erforderlich ist, um den Tierschutz nicht vom Engagement einzelner Kommunen oder Ehrenamtlicher abhängig zu machen.

Hinzu kommt, dass die aktuelle Regelung für den lokalen Katzenschutz keine ausreichende Wirkung erzielt. Von den rund 17 Millionen Hauskatzen in Deutschland waren 2022 lediglich etwa 4,5 Millionen bei TASSO oder FINDEFIX registriert. Rund zwölf Millionen Katzen waren damit unregistriert – davon mit hoher Wahrscheinlichkeit ein erheblicher Anteil unkastriert. Ohne eine verbindliche bundesweite Regelung ist daher keine verlässliche Bestandskontrolle möglich.

Darüber hinaus ist Tierschutz seit 2002 Staatsziel gemäß Artikel 20a Grundgesetz. Eine nationale Regelung würde zeigen, dass der Bund diesen Verfassungsauftrag ernst nimmt und Tierleid konsequent verhindern möchte. Ein solcher Schritt stützt nicht nur das Ehrenamt im Tierschutz, sondern stärkt auch das Vertrauen der Bevölkerung in eine handlungsfähige und verantwortungsbewusste Tierschutzpolitik für Deutschlands beliebtestes Heimtier, die Hauskatze.

Eine bundesweite Kastrationspflicht wäre auch ein Beitrag zum Bürokratieabbau, der im Koalitionsvertrag verankert und vom Deutschen Landkreistag¹ sehr begrüßt würde. Auch viele Tierschutzvereine warten seit Jahren auf eine verbindliche und flächendeckende Lösung. Statt eines kommunalen Flickenteppichs mit immer neuen Einzelentscheidungen, Anträgen und Abstimmungsprozessen würde eine einheitliche Regelung klare Zuständigkeiten schaffen und den Verwaltungsaufwand erheblich reduzieren.

Eine bundesweite Kastrationspflicht wäre daher ein sichtbares, fachlich begründetes und gesellschaftlich breit unterstütztes Signal deutscher Tierschutzpolitik. Sie würde:

- **Katzenhaltende stärker in die Verantwortung nehmen,**
- **allen Kommunen, Katzenhaltenden und dem ehrenamtlichen Tierschutz einen rechtssicheren Handlungsrahmen geben,**
- **die unkontrollierte Vermehrung von Hauskatzen nachhaltig eindämmen und dadurch den ehrenamtlichen Tierschutz deutlich entlasten,**

¹ Siehe Deutscher Landkreistag; Vorschläge zur Verwaltungsmodernisierung und Bürokratieabbau, Berlin 13.6.2025

- **bestehende Förderprogramme der Länder effizienter machen,**
- **Bürokratie abbauen und**
- **die Einhaltung europäischer Verpflichtungen aus der Heimtierkonvention sicherstellen sowie dem Staatsziel Tierschutz deutlich entsprechen.**

Wir bitten Sie daher eindringlich, im weiteren Verlauf der Gesetzesberatung auch den Aspekt einer bundeseinheitlichen Kastrationspflicht für Katzen mit Freigang erneut zu prüfen und im geänderten Tierschutzgesetz verbindlich zu verankern.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Anke Feil

Initiatorin von Politik für die Katz',

auch im Namen einiger regionalen Initiativen für Katzenschutzverordnungen:

Bündnis Katzenschutz Bayern

Initiative Sächsische Katzenverordnung

Katzenschutz-Initiative Ostalb

Initiative Katzenschutzverordnung LK Harz

Initiative Katzenschutzverordnung LK Stade

Bündnis „Katzenschutz-Initiative Weimarer Land“

„Alles für die Katz“ für eine Katzenschutzverordnung in Bamberg

Initiative Katzenschutz Lahn-Dill

Katzenschutzfreunde Rhein-Ahr-Eifel e. V.

Die Initiative **Politik für die Katz'** setzt sich bundesweit für möglichst viele und flächendeckende Katzenschutzverordnungen ein.